

Kurz & bündig

Diese Zeitung ist kein Zufall

Mit der Kampagne „Das ist kein Zufall“ macht die hessische Landesastenkonzferenz auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf die Hochschulen aufmerksam. Überfüllte Seminare, zu wenig Wohnraum und schlechte Studienbedingungen sind kein Zufall, sondern Resultate politischer Entwicklungen. So ist auch diese Zeitung kein Zufall und auf eure Mithilfe angewiesen. Die Hochschulzeitung erscheint einmal im Halbjahr und richtet sich an alle Studierenden. Wir freuen uns über die Zusage von Artikeln aus euren Hochschulen. Redaktionschluß ist der 1. März 2013: E-Mail: tcepok@gew-hessen.de

Infos zur Kampagne der Landesastenkonzferenz (LAK) unter: www.lakhessen.de/keinzufall/

BAföG Rekord

Die Zahl der BAföG Empfänger_innen ist 2011 um 5 % auf rund 963.000 Schüler_innen und Studierende angestiegen. Das Fördervolumen hat erstmals die Drei-Milliarden-Grenze überschritten. Studierende wurden mit durchschnittlich 452 € gefördert. Trotz dieses Zuwachses ist die derzeitige Förderungspraxis ungenügend. Der DGB und das Deutsche Studentenwerk haben bereits im Januar 2011 zehn Eckpunkte für ein modernes BAföG vorgelegt. Darin fordern sie einen verlässlichen Inflationsausgleich und eine Bologna-kompatible Gestaltung.

www.studentenwerke.de/pdf/18-01-12-Eckpunktepapier-DGB-DSW.pdf

Soziale Öffnung der Hochschulen? Fehlanzeige!

Die neu erschienene Studie der OECD „Education at the glance“ belegt erneut, dass die Mobilität im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland stagniert. Von der sozialen Öffnung der Hochschulen bis zur Steigerung der Bildungsausgaben gibt es strukturell viel zu tun.

Die regelmäßig erscheinende Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) „Education at the glance – Bildung auf einen Blick“ stellt zum wiederholten Male dem deutschen Bildungssystem im internationalen Vergleich ein schlechtes Zeugnis aus. Laut der Untersuchung haben 22 % der 25-34-jährigen Erwerbstätigen einen niedrigeren Bildungsabschluss als ihre Eltern und nur 20 % einen höheren. Gleichzeitig öffnet sich die Schere zwischen höher und niedriger qualifizierten Menschen trotz des quantitativen Anstiegs der Studierendenzahl immer weiter. Gut 20 % der Schüler_innen eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne ausreichend lesen, schreiben und rechnen zu können und fast 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Daneben bleibt die Aufnahme eines Studiums hochgradig sozial selektiv. Nicht nur das dreigliedrige Schulsystem, sondern auch fehlende Möglichkeiten zur Studienfinanzierung und die erhöhten Zulassungsbeschränkungen bei Bachelor und vor allem Master-Studiengängen verstärken den allgemeinen Trend der Auslese und gefährden das Grundrecht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl. Für eine sozial offene Hochschule und ein insgesamt gerechteres Bildungs-

system muss die öffentliche Hand deutlich mehr Geld investieren. Auch hier belegt die Studie zum wiederholten Male, dass die Ausgaben der Bundesrepublik für den Bildungsbereich weit unter dem OECD-Schnitt liegen. Die vorgelegten Zahlen sind wegen der konjunkturellen Entwicklung nach unten zu korrigieren. So wurden die



BAföG-Ausgaben reduziert und stattdessen ein Stipendensystem nach dem Lostopf-Prinzip aufgebaut. Wir als GEW streiten gemeinsam mit euch für eine sozial offene Hochschule und ein gerechtes Bildungssystem! Wir möchten aber auch auf die Grenzen der OECD-Studie hinweisen: Die oberste bildungspolitische Prämisse darf nicht darin bestehen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen ökonomisch verwertbar zu machen und die Güte eines Bildungssystems an der Verwertbarkeit von Abschlüssen zu messen.

Zivilklauselbewegung trägt Früchte

Seit vier Jahren gibt es immer mehr studentische Initiativen, Gewerkschaften, sowie Friedens- und Wissenschaftsorganisationen, die sich lokal als auch bundesweit explizit für die Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen einsetzen. Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen von Hochschulen, die Forschung, Lehre und das Studium ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke gewährleisten.

Im Januar 2012 wurde eine studentische Urabstimmung an der Uni Frankfurt durchgeführt, bei der sich 76,3 % der abgegebenen Stimmen für eine Zivilklausel aussprachen. Allerdings ist das Abstimmungsergebnis für die Hochschule nicht verpflichtend. Nun ist auch an der Uni Kassel der erste Schritt in Richtung Zivilklausel erfolgt. Im neuen Orientierungsprofil für Professor_innen

wird eine Ausrichtung der Tätigkeiten auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke festgeschrieben. Auch die Universitätsversammlung an der TU Darmstadt hat in diesem September die Einführung einer Zivilklausel beschlossen. Und dieser Beschluss ist verpflichtend! Dies alles sind konkrete Schritte, um die Bundeswehr und Rüstungskonzerne aus den Hochschulen zu drängen.

Institut für vergleichende Irrelevanz – Halte durch!

Seit den Studierendenprotesten 2003 existiert das besetzte Institut für vergleichende Irrelevanz (IVI). Das IVI versteht sich als selbstorganisierter Raum, der Menschen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihrer Sexualität ermöglicht, sich frei von gesellschaftlichen Zwängen zu bewegen. Damit soll nun Schluss sein: Das Gebäude des IVI ist seit März Eigentum der Franconofurt AG. Die Franconofurt AG versucht kontinuierlich auf dem Rechtsweg und durch Präsenz vor Ort, meist in Begleitung von Polizeibeamt_innen oder Handwerker_innen, die Arbeit des IVI zu sabotieren und die Nutzer_innen des IVI aus dem Gebäude zu vertreiben. In einer Solidaritätserklärung haben sich unter anderem Axel Honneth, Rahel Jaeggi, Alexander Kluge, Thomas Sablowski, Alex Demirovic und Micha Brumlik für den Erhalt des IVI ausgesprochen. Seit Anfang September wurde dem Institut wiederholt durch Gerichts-

beschlüsse des Landesgerichts Frankfurt das Abhalten von Veranstaltungen untersagt. Bei Zuwiderhandlung droht eine Geldstrafe von bis zu 250.000 € oder eine Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten.

Bei Redaktionsschluss waren Veranstaltungen des IVI immer wieder von Verboten beeinträchtigt. Besucher_innen wurden von Polizei und Franconofurt Mitarbeiter_innen belästigt und vom Betreten abgehalten. Das IVI als Raum für politische Bildung und Kritik sowie seine Bewohner_innen sind akut von Räumung bedroht. Die Studierenden der GEW Hessen fordern den Erhalt des Instituts als Zentrum für Bildungsveranstaltungen, die eine selbstbestimmte, kritische Auseinandersetzung mit Kultur, Politik und Wissenschaft ermöglichen.

*Den neuesten Stand erfahrt ihr unter:
www.ivi.copyriot.com*

Wohnraum für alle!

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist in vielen großen Städten Hessens zu niedrig, um die Bedürfnisse der Hinzuziehenden zu decken. Insbesondere für Geringverdienende, Empfänger_innen von Transferleistungen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Migrant_innen, Studierende oder Auszubildende ist es sehr schwierig, bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu finden. Wie desolat der Wohnungsmarkt in den hessischen Universitätsstandorten Frankfurt, Darmstadt, Gießen, Kassel und Marburg sich darstellt, ist allen Wohnungssuchenden bekannt, die dort schon einmal eine Wohnung, Wohngemeinschaft oder einen Wohnheimplatz gesucht haben. Gerade die Kapazitäten der Studierendenwohnheime sind schnell erschöpft. Wie die hessischen Studentenwerke vermelden, stehen auf den Wartelisten in Frankfurt jeweils mehrere hundert Namen von Zimmersuchenden. Auch in Darmstadt offenbarte sich zu Semesterbeginn eine ähnliche Situation – trotz der Fertigstellung eines neuen Wohnheimes mit 300 Plätzen. In Gießen müssen Studierende ein halbes Jahr auf einen Wohnheimplatz warten. In Marburg und Kassel werden neue Studierendenwohnheime gebaut, um die Nachfrage langfristig decken zu können. In den letzten Monaten ist gesamtge-

sellschaftlich ein wenig Bewegung in die jahrelang vernachlässigte Wohnungspolitik gekommen; denn in keinem anderen Bereich treten Konflikte als Folge des sozialen Auseinanderdriftens der Gesellschaft so deutlich zu Tage wie auf dem Wohnungsmarkt. Seit Jahren steigen die Mieten kontinuierlich an. Das hat zur Folge, dass für viele ansässige Einwohner_innen aufgrund von finanzieller Not ein Umzug unausweichlich wird und sie an die Stadtränder gedrängt werden. Auch für Studierende stellen die hohen Mieten ein großes finanzielles Problem dar.

Die Stadtviertel werden immer homogener und die Vielfalt der Menschen, die in ihnen wohnen und arbeiten, schwindet stetig. Es entstehen Luxusapartements und Büroräume, die das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft voranschreiten lassen. Eine soziale Gemeinschaft sollte eine ausgewogene Mischung zwischen allen verschiedenen Einkommensgruppen, sozialen und kulturellen Hintergründen und der Vielfalt der Lebenssituationen und -entwürfe, die eine Stadt prägen, sein. Eine soziale Gemeinschaft will keine geteilten Städte, keine privilegierten Stadtviertel für die Besserverdienenden und die Peripherie für die Massen. Eine soziale Gemeinschaft fordert bezahlbaren Wohnraum für alle!

Terminankündigungen

■ **19. November 2012 | 18:00 Uhr**

Promovieren mit Perspektive

mit Anke Prochnau,
Campus Westend, Casino Raum 1.802,
Frankfurt am Main

■ **21. November 2012 | 18:00 Uhr**

Promovieren mit Perspektive

mit Elina Stock,
Hörsaalzentrum Biegenstr. 14,
Raum +1/0050, Marburg

■ **7./8. Dezember 2012 | 14:00 Uhr**

Seminar

Nach dem Studium promovieren?

mit Elina Stock,
Jugendherberge, Jahnstr. 1, Marburg

■ **18./19. Januar 2013**

Tagung

Leidenschaft der Kritik.

Perspektiven kritischer Theorie

Margarete-Bieber-Saal, Gießen

Vortragsreihe

im Wintersemester 2012/13

Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?

Jeweils donnerstags
19.00 bis 21.00 Uhr
Philipps-Universität Marburg
Hörsaal 00/0070
Biegenstraße 14, Marburg

Alle Termine abrufbar unter:

www.gew-marburg.de/

*Weitere Auskünfte zu den Terminen
erteilt Tobias Cepok*

E-Mail: tcepok@gew-hessen.de



Sozialversicherung für Promovierende – nicht nur bei der Max-Planck-Gesellschaft ein Problem

Die Zahl der Stipendien steigt – auch in naturwissenschaftlichen Fächern. In einigen Fällen müssen Studierende jedoch Dienstleistungen erbringen. Dies verstößt gegen das Einkommenssteuergesetz und unterläuft die Sozialversicherungspflicht für reale Beschäftigung. Einzelfallprüfungen sind notwendig.

Ein politischer Skandal, der teilweise symptomatisch für den Einsatz und den Umgang mit Promovierenden in den naturwissenschaftlichen Fächern steht, erschütterte vor Kurzem die Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Inzwischen hat eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag aufgezeigt, dass die MPG in den letzten Jahren systematisch den Anteil der über Stipendien geförderten Doktorand_innen ausgebaut hat – zu Lasten des Anteils sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. 2004 lag der Anteil der Stipendiat_innen bei der MPG noch bei 35,6 %, 2011 waren es schon 59,9 %. Dieser Anteil liegt deutlich höher als bei der Helmholtz-Gemeinschaft (9,8 %),

der Fraunhofer-Gesellschaft (10,4 %) oder der Leibniz-Gemeinschaft (20 %). Bei Stipendiat_innen, die wie abhängig Beschäftigte Dienstleistungen für ihre Stipendiengabe_innen erbringen, kann nach Maßgabe des Vierten Buchs des Sozialgesetzbuchs eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegen. In der Folge sind die Arbeitgebenden verpflichtet, für ihre Beschäftigten auch rückwirkend Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. Stipendiat_innen können die Sozialversicherungspflicht prüfen lassen: Über das so genannte Statusfeststellungsverfahren bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. GEW-Mitglieder können sich bei Fragen an die Rechtsschutzstelle der GEW-Hessen wenden.



Ausführliche Informationen unter:
www.gew.de/Ratgeber_Sozialversicherung_fuer_Promovierende.html

Qualität statt Quantität – Kritik am CHE-Ranking hält an

Von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) hätten es viele vielleicht nicht anders erwartet. Sie empfiehlt ihren Mitgliedern, nicht weiter an dem statistisch hoch fragwürdigen und politisch falschen Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) teilzunehmen. Das mit der Bertelsmann-Stiftung verwobene Centrum weist jegliche Kritik seit Jahren von sich, gerät aber diesmal weiter unter Druck. Neben der Gesellschaft für Soziologie haben sich jetzt auch erstmals die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) und die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) dafür ausgesprochen, nicht mehr am CHE-Ranking teilzunehmen.

Die GEW lehnt das Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) schon lange ab. Es ist falsch, eine Reihenfolge von Tops oder Flops festzulegen, die das Auseinanderdriften der Hochschulen befördert. Denn nimmt eine Hochschule erst einmal einen niedrigen Rangplatz ein, so hat dies massive Konsequenzen: Der Ruf der Hochschule wird zum einen verschlechtert, was zur Folge hat, dass Forschungsmittel und Lehrkapazitäten reduziert werden. Zum anderen bedeutet dies, dass eine

Hochschullandschaft entsteht, in der es wenige prestigeträchtige „Elite-Hochschulen“ und viele Massenhochschulen gibt. So erzeugt das CHE-Ranking Ungleichheit zwischen den Hochschulen. Es fördert die Entkopplung von Forschung und Lehre und trägt damit zur Demontage einer der Stärken des Hochschulsystems bei. Daher lehnt die GEW das CHE-Ranking mit Nachdruck ab!

Stellungnahmen der genannten Vereinigungen sind abrufbar unter:

DGS: www.sozioologie.de/blog/?p=598

GDCh: www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=508754

DGfE: www.dgfe.de

Demokratie statt Hochschulräte!

Der DGB hat den Umbau von Hochschulen nach den Vorbild von Wirtschaftsunternehmen in einem aktuellen Beschluss scharf kritisiert. Konkret sieht der DGB die Freiheit der Wissenschaft durch die zunehmende Etablierung eines marktwirtschaftlich gesteuerten Wissenschaftsmarktes gefährdet. Kritik wird in diesem Zusammenhang auch an den Hochschulräten geübt. Diese hätten zumeist keinerlei demokratische Legitimation, zudem fehle es an Transparenz und Pluralität. Stattdessen spricht sich der DGB für eine stärkere Kontrolle durch die demokratisch legitimierten Instanzen aus und plädiert für ein beratendes Kuratorium anstelle von Hochschulräten.

www.dgb-jugend.de/studium/mehr_infos/meldungen/2012-05-16_hochschulraete/data/dgb-beschluss-mehr-demokratie-statt-201eunternehmerischer201c-hochschulraete_1_.pdf

**Wann, wenn nicht jetzt?
Interessen vertreten und Bildung gestalten.
Der GEW beitreten und politisch aktiv sein!**

Online-Beitritt unter: www.gew.de/Mitgliedsantrag.html



Prekäre Beschäftigung an hessischen Hochschulen – Hessen muss handeln!

Am 11. Oktober 2012 fand im Ausschuss Wissenschaft und Kunst des Hessischen Landtags auf Initiative der GEW Hessen sowie auf Antrag der Oppositionsfractionen eine Anhörung zu den prekären Beschäftigungsverhältnissen an hessischen Hochschulen statt. Zu der öffentlichen Anhörung kamen zahlreiche Expert_innen, um über die prekären Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen zu diskutieren.



Die Anzuhörenden konstatierten einen starken Anstieg prekärer und befristeter Beschäftigung an den hessischen Hochschulen. „Wir stellen fest, dass in Deutschland mittlerweile 89 % des Mittelbaus befristet eingestellt sind und die Hälfte in Teilzeit und in Drittmittelprojekten arbeitet. Lediglich 9 % aller Beschäftigten haben eine Professur inne und können umfassend Daueraufgaben wahrnehmen“, so Dr. Anke Burkhardt, stv. Direktorin und Geschäftsführerin am Institut für Hochschulforschung Wittenberg. Aus Sicht der GEW resultiert die Zunahme prekärer Beschäftigung an hes-

sischen Hochschulen insbesondere aus der unzureichenden Grundfinanzierung und aus fehlenden gesetzlichen Grundlagen für „gute Arbeit“ in der Wissenschaft. „Prekäre Beschäftigung hat viele Gesichter: Kürzere Vertragslaufzeiten, Kettenverträge, vermehrter Einsatz von Lehrbeauftragten, Lehrkräften für besondere Aufgaben und außertariflich bezahlten wissenschaftlichen Hilfskräften“, so Holger Schoneville, Co-Sprecher des hessischen Mittelbaunetzwerkes. Schoneville thematisierte auch die hohe

Zahl der Teilzeitbeschäftigten, die an den hessischen Hochschulen über 50 % des Mittelbaus ausmachen: „Von diesen Wissenschaftler_innen wird erwartet, dass sie auf diesen halben Stellen voll arbeiten. Dies gilt an den Hochschulen als ganz normal, ist aber ein politischer Skandal enormen Ausmaßes. Im Kern werden damit Tarifverträge unterwandert und zwar massenhaft.“ Daran anschließend forderte Dr. Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der GEW: „Zur Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen brauchen wir verbindliche Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse. Darüber hinaus benötigen wir deutlich mehr Stellen für Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsverwaltung sowie planbare und verlässliche Karrierewege an Hochschulen und Forschungsinstitutionen.“

Praxissemester und andere Märchen

Im Vorfeld der Landtagswahlen ist die Lehrer_innenbildung in Hessen wieder Gegenstand kontroverser Debatten und zahlreicher Märchen. Das Kultusministerium arbeitet seit einem Jahr an einem Entwurf für ein Praxissemester, das auch Bündnis 90/Die Grünen einführen will. Dieses Semester soll ähnlich wie in anderen Bundesländern so gut wie alle anderen Praktika ersetzen und im zweiten oder dritten Semester alle Lehramtsstudierenden in Schulen schicken. Teile der CDU und die LINKE wollen an den Schulpraktischen Studien festhalten und diese ausbauen. Die SPD favorisiert eine große Reform hin zur einphasigen Lehrer_innenbildung ohne Referendariat. Die FDP scheint ohne Ideen. Die GEW und Lehramtsfachschaften kritisierten die bisherigen Pläne als konzeptlos und

unausgegoren. Aus Sicht der GEW liegt das Problem nicht in einem zu geringen Praxisanteil, sondern in dessen Verzahnung mit der Theorie. Keine Partei liefert eine Begründung für ihre vorgeschlagene Reform. Die GEW Hessen wünscht sich vielmehr eine Erhöhung der Finanzmittel der Hochschulen und Studienseminare sowie eine Entlastung der Mentor_innen in Schulen. Den Vorschlag der SPD beurteilt die GEW sehr kritisch. Ihr könnt mitbestimmen und Euch zur Positionsfindung der GEW aktiv einbringen.

Wir laden Euch herzlich ein zum Fachtag der GEW Hessen
27. Februar 2013, 9:00 – 18:00 Uhr
DGB-Haus, Frankfurt
Wilhelm-Leuschner Str. 69-77

Deine Kontakte zur GEW

LandesstudierendensprecherInnen

Birthe Kleber, Matthias Schröder,
Philipp Kranemann
E-Mail: studierende@gew-hessen.de

Kassel

Oliver Schmolinski
GEW Studierende
c/o GEW RV Nordhessen
Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
E-Mail: oliver-schmolinski@gmx.de

Marburg

Matthias Schröder
c/o GEW-Hochschulgruppe
Erlenring 5, 35037 Marburg
E-Mail: Studierende@gew-landesverband.de

Gießen

Birthe Kleber
c/o GEW-Hochschulgruppe
Schwarzlachweg 18, 35390 Gießen
E-Mail: Studierende@gew-landesverband.de

Frankfurt

Philipp Kranemann
GEW Studierendengruppe Frankfurt
c/o GEW Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
E-Mail: gew-studis-frankfurt@gew-hessen.de

Darmstadt

Sebastian Ankenbrand, Gloria Schmidt
c/o GEW BV Südhessen
Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt
E-Mail: sebastian.ankenbrand@web.de

Jugendbildungsreferent Hessen

Tobias Cepok, GEW Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. (i.d.R. Mo + Do) 069-971293-26
Mobil: 0175-9337730
E-Mail: tcepok@gew-hessen.de

Herausgeber

GEW Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt



Mitwirkende

Tobias Cepok, Florian Hartmann,
Cendrese Sadiku, Laura Schwab,
Julian Toewe

Satz + Layout

Inge Weber, GEW Hessen

V.i.S.d.P.

Tobias Cepok, Jugendbildungsreferent,
GEW Hessen

Druck

Druckkollektiv Gießen
Auflage 4.000